

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12

## Inhalt

Robert Antretter MdB zur Wahl Bill Clintons: Die Chancen auf Neuanfang der europäisch-amerikanischen Beziehungen sind gewachsen.

Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen MdB zum Zustand der europäischen Raumfahrtspolitik: Ein neues Konzept der europäischen Raumfahrtspolitik ist noch nicht erreicht.

Seite 2

Edith Niehuis MdB zu einer Jugend-Studie: Shell-Studie dokumentiert Rückzug der Jugend aus der Politik.

Seite 4

### Dokumentation

Stellungnahme der SPD-Fraktion zu den Bestimmungen über ein gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Vertrag von Maastricht.

Seite 6

47. Jahrgang / 214

5. November 1992

### Die Chancen auf Neuanfang der europäisch-amerikanischen Beziehungen sind gewachsen

Von Robert Antretter MdB

Sprecher der deutschen Sozialdemokraten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Mit der Wahl des Demokraten Bill Clinton zum 42. Präsidenten der USA besteht nunmehr die Chance, die europäisch-amerikanischen Beziehungen auf eine neue, partnerschaftliche Grundlage zu stellen. Unvergessen ist die Rede Präsident Kennedys zur atlantischen Partnerschaft aus dem Jahre 1963, in der er die Perspektive einer Neuordnung der NATO entwickelte, die sich auf eine europäische und amerikanische Säule stützen sollte. Mit dem Maastrichter Unionsvertrag hat die EG ihren Willen bekräftigt, ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit zu intensivieren, um ihr Gewicht in der NATO zu stärken. Es ist zu hoffen, daß Präsident Clinton der Weiterentwicklung der WEU als Verteidigungskomponente der Europäischen Union positiver gegenübersteht als die noch amtierende amerikanische Regierung.

So sehr wir Deutsche der Bush-Administration für ihr frühes Eintreten für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu Dank verpflichtet sind, so zwiespältig muß das Urteil über die Europapolitik des noch amtierenden amerikanischen Präsidenten ausfallen. Eine zunehmend härtere Gangart in den GATT-Verhandlungen provozierte unnötige Handelskonflikte und die in den Planspielen des Pentagon im Frühjahr angestellten Warnungen vor dem Entstehen eines europäischen Blocks als "Rivalen" der USA zeigte unverhüllt die machtpolitischen Ambitionen der republikanischen Administration. Besonders negativ fällt die Bewertung der Rolle der Bush-Regierung bei der Schaffung gesamt-europäischer Sicherheitsstrukturen aus: die vor allem von Frankreich und Deutschland vertretenen Ansätze, in der KSZE eine völkerrechtlich verbindliche Streitbeilegung einzuführen, scheiterten am Widerstand der USA, die die KSZE als "europäisches Gewissen" - so der amerikanische Außenminister Eagleburger - zu einem unverbindlichen Gesprächsforum zu degradieren suchten. Auch der Ausbau des Europarates zu einer europäischen Organisation, die rechtsverbindlich die Menschenrechte und die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert, wurde von der Bush-Regierung nicht gerade mit Enthusiasmus aufgenommen. Von der neuen Regierung erwarten wir trotz allen Bekenntnissen zur Kontinuität der amerikanischen Außenpolitik den Mut zu einem Neuanfang der europäisch-amerikanischen Beziehungen, die getragen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
53000 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erweitert: Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



vom Geist einer atlantischen Partnerschaft, die USA in die Schaffung kooperativer und künftig auch kollektiver Sicherheitsstrukturen in Europa einbindet.

Die Stärke Amerikas liegt in seiner kulturellen Vielfalt, hat der neue amerikanische Präsident nach seiner Wahl erklärt. Diese Botschaft ist in einer Zeit um so wichtiger, wie der europäische Einigungsgedanke durch die scheinbare Realität der Wiederkehr des souveränen Nationalstaates in Osteuropa an Unterstützung verliert. Europa und Amerika müssen nunmehr gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um - ähnlich der Vision Präsident Kennedys von einer atlantischen Partnerschaft - der europäischen Einigungspolitik nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes eine neue Zielorientierung vorzugeben.

(-/5. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Vor der ESA-Konferenz in Granada am 8. und 9. November**  
**Ein neues Konzept der europäischen Raumfahrtpolitik ist noch nicht erreicht**

**Wolf-Michael Catenhusen MdB**  
**Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie und  
Technikfolgenabschätzung**

Der Traum von einer eigenständigen, autonomen bemannten Raumfahrt Europas bis zum Jahre 2.000 ist ausgeträumt. Das 1987 beschlossene ESA-Langzeitprogramm von Den Haag hat sich als konzeptionell nicht tragfähig, nicht finanzierbar und politisch nicht durchsetzbar erwiesen. Dazu haben sich mit dem Ende des Kalten Krieges auch die Bedingungen zur Ost-West-Kooperation dramatisch geändert, der Prestigewert des Unternehmens bemannte Raumfahrt hat dagegen weiter an Bedeutung verloren.

Die Forderung nach einem Kurswechsel in der europäischen Raumfahrtpolitik findet auch in Frankreich einen immer breiteren Widerhall. Eine Studie des vom französischen Forschungsminister Curien berufenen Comité National d'Evaluation de la Recherche (CNER) kommt zu erstaunlich kritischen Bewertungen der französischen Raumfahrtpolitik der 80er Jahre. Kritisiert wird im Rückblick insbesondere das Fehlen einer kohärenten Weltraumstrategie, eine fehlende Kontrolle der Weltraumaktivitäten Frankreichs durch die Politik sowie eine zu starke Orientierung am amerikanischen Vorbild mit den Projekten HERMES und COLUMBUS.

Die bisherigen Vorbereitungen auf die Ministerratstagung der Europäischen Weltraumagentur ESA am 8. und 9. November in Granada zeigen ein Bild, das nur zu begrenztem Optimismus Anlaß gibt:

- Nicht nur das vereinte Deutschland, sondern u.a. auch Italien, Frankreich und Spanien haben wachsende Haushaltsprobleme. Italien hat angekündigt, nur über Kreditfinanzierung seinen Anteil am europäischen Raumfahrtprogramm tragen zu können. Dies erzwingt die kräftig Abstriche an den bisherigen ESA-Planungen, die die Opposition grundsätzlich begrüßt. Granada könnte der Hoffnung Nahrung geben, daß für die nächsten 3 Jahre der deutsche ESA-Beitrag im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes bleibt. Von 1991 auf 1992 wurde ein Anstieg des deutschen ESA-Beitrages um immerhin 12,3% vorgeesehen. Von 1992 bis 1995 ist ein Gesamtanstieg des ESA-Beitrages um 9,5% geplant. Gleichzeitig wird allerdings die Steigerungsrate des gesamten BMFT-Haushalts auf jährlich 1 % begrenzt. Bedenkt man dazu, daß die BMFT-Mittel für die Förderung der Informationstechnik bis 1995 auf einem Niveau von 1,1 Milliarden DM eingefroren werden - was einen realen Verlust von ca. 4% pro Jahr bedeutet, so spiegelt sich nach wie vor ein Ungleichgewicht im Haushalt wieder, das nicht durch strategische, technologiepolitische Erwägungen zu rechtfertigen ist.

- Durch diese Zielsetzungen ist auch nicht die große Schieflage zwischen europäischem Beitrag und nationalem Programm beseitigt: Auch weiterhin müssen mehr als 60% der bundesdeutschen Weltraumausgaben für das ESA-Programm verwandt werden, in deren Mittelpunkt die Schaffung von Transportsystemen, Infrastruktur im Weltraum und der Bau von Satelliten steht. Das nationale, nutzerorientierte Weltraumprogramm, wird eher noch an Bedeutung verlieren. Darauf ist aber insbesondere die deutsche Wissenschaft bis hin zur Klimaforschung und die an Mikrogravitationsforschung ernsthaft interessierte Industrie dringend angewiesen.

Ein strategisches Umsteuern wird in Granada nicht gelingen:

- Die Bedingungen und der Umfang einer künftigen Zusammenarbeit mit den GUS-Nachfolgestaaten, insbesondere Rußland und Kasachstan, sind nicht geklärt. Demgegenüber haben die USA konkrete Vereinbarungen mit Rußland, vor allem über eine unbemannte Mars-Mission, getroffen. Es ist insbesondere zu keiner Klärung in der heiklen Frage gekommen, welche Technologie, welche technischen Systeme durch eine intensivere Kooperation mit Rußland verfügbar würden, wo also westeuropäische Eigenentwicklungen entbehrlich werden könnten.
- Die von deutscher Seite gerühmte Strategische Priorität der Erderkundung wird trotz einiger in diesem Bereich begrüßenswerten Projekte in den Vorschlägen für Granada nicht eingelöst. Die Satellitenprojekte MSG und METOP 1, für die bis zum Jahre 1996 82 Mio. DM und bis zum Jahre 2000 459 Mio. DM benötigt werden, sind bisher in der mittelfristigen Finanzplanung nicht vorgesehen und könnten zum Scheitern der Konferenz von Granada führen. Dieser Bereich wird in der ESA nur einen Anteil von ca. 15-17 % erreichen. Hier brauchen wir vor allem längerfristig angelegte Programme und Konzepte, etwa für den Bereich der Klimaforschung. Eine Verständigung nur für die nächsten 3 Jahre auf diesem Gebiet ist kurzsichtig und unangemessen.
- Granada wird keine Strategie im Bereich der Transportsysteme formulieren. ARIANE V wird zwar 1997 produktionsbereit sein. Die ESA zeigt aber bislang keinerlei Reaktion auf eine veränderte Lage auf dem weltweiten Trägermarkt: Wir verfügen objektiv über riesige Überkapazitäten für den Transport in den Weltraum, wenn ein freier Marktzugang für alle Staaten verwirklicht wird. Die französische CNER-Studie kritisiert mittlerweile die Entscheidung für ARIANE V, da sie zu sehr von dem Ziel, ein Transportsystem für den Raumgleiter HERMES zu entwickeln, diktiert worden sei. Die Studie gibt eine eindeutige Präferenz einer weiteren Nutzung der ARIANE IV. Es fehlt bis heute eine industriepolitische Strategie für die Zukunft einer europäischen Trägerrakete. Angesichts der Privatisierung der Telekom-Gesellschaften in Europa gibt es keinen geschützten Heimmarkt für die ARIANE-Rakete. Es reicht auf deutscher Seite nicht, nur den Vorschlag der französischen Regierung zurückzuweisen, daß durch Gesetz die ESA-Mitgliedsstaaten ihren nationalen Telekom-Gesellschaften die Nutzung von ARIANE für den Start von Satelliten zwingend auferlegen müssen.
- Mit einer Verspätung von 5 Jahren hat Forschungsminister Riesenhuber endlich das Aus für das Projekt des europäischen Raumgleiters HERMES gefordert. Die konzeptionellen Bedenken lagen von Anfang an auf der Hand. Granada kann hier nur dann zum Erfolg werden, wenn die Entscheidung über das endgültige Aus von HERMES jetzt getroffen wird und nicht auf 1995 verschoben wird. Der ESA-Vorschlag sieht nämlich dann das Wiederaufstehen eines möglicherweise unbemannten "Future Hermes" vor. Hierfür wird es weder das notwendige Geld noch eine sinnvolle Begründung geben. Es macht wenig Sinn, nur aus Entscheidungsschwäche ersatzweise ein Technologieprogramm ohne Perspektive durchzuführen.

- Die Bundesrepublik will mit Recht durchsetzen, daß es einen europäischen Beitrag zur benannten Raumstation in Form eines angedockten Moduls APM gibt. Deutschland ist hier völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen. Die neue amerikanische Administration wird die Größe und das Design sowie den Zeitplan ihrer Raumstation erneut überprüfen. Das wird Auswirkungen auf das APM-Projekt haben. Die ESA sollte dies bei ihrer Beschlußfassung in Granada berücksichtigen.

Wir brauchen in der Weltraumpolitik längerfristig angelegte Konzepte, nicht nur das Durchwursteln Jahr für Jahr. Seit 1982 gibt es keine ausformulierte deutsche Weltraumstrategie mit einer klaren Definition deutscher Interessen in der Weltraumforschung und -technik. Daran hat auch die Gründung der deutschen Raumfahrtagentur DARA - aufgrund fehlender politischer Vorgaben - nichts geändert. Sie wird auch in der Vorbereitung auf Granada nicht deutlich.

Zu längerfristigen Zielsetzung müßte u.a. gehören:

1. Schrittweise Integration - wenn es die Umstände erlauben - von Rußland und ggf. anderen GUS-Staaten in den ESA-Verbund.
2. Weltweite Zusammenarbeit und Arbeitsteilung bei neuen sinnvollen Großprojekten
3. Schwerpunktsetzung bei Projekten der Erderkundung.
4. Nachfrageorientierte Weiterentwicklung von Transportsystemen, Satelliten und anderen Elementen, in denen beispielsweise Mikrogravitationsforschung vorgenommen werden kann. Wir dürfen nicht neue Projekte definieren, für die es keine Nutzungskonzepte oder Märkte gibt.
5. Entwicklung von Kommerzialisierungsstrategien, um schrittweise die staatliche Alleinfinanzierung bei der Entwicklung von Satelliten und Transportsystemen zurückzuführen, bei denen der Staat nicht der dominierende Nachfrager ist.

(-/5. November 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Shell-Studie dokumentiert Rückzug der Jugend aus der Politik**

**Von Dr. Edith Niehuis MdB  
Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend**

Am Dienstag wurde die im wesentlichen im Juli und August 1991 durchgeführte 11. Shell-Studie mit dem Titel "Jugend '92 - Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinten Deutschland" veröffentlicht. Während die festgestellte überwiegend optimistische Grundstimmung der Jugendlichen, die in der Studie dokumentiert wird, angesichts der nicht abreißenden Ausschreitungen zunächst überrascht, werden bei einem genaueren Hinsehen Hintergründe und Parallelen deutlich, die den scheinbaren Widerspruch aufzuheben vermögen.

Bei allem Zukunftsoptimismus fühlen sich acht von zehn Jugendlichen von den Politikern belogen und betrogen. Diese erschreckende Einstellung kommt nicht von ungefähr. Nach der Wiedervereinigung wurde ihnen von Bundeskanzler Kohl eine "blühende Landschaft im Osten" versprochen. Sie mußten hierunter verstehen, daß sie sehr schnell das bekommen, was sie sich ersehnten: sichere Arbeitsplätze und eine vernünftige Möglichkeit, ihr Leben zu planen.

Was kam, war das genaue Gegenteil: es wurde mit einem Mal überaus schwierig. Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft zu finden. Besonders die Jugendlichen in Ostdeutschland - so die Studie - sind in hohem Maße von staatlichen Subventionen abhängig. Auch dokumentiert die Studie die diskriminierende Situation der jungen Frauen eindrucksvoll: im Westen gibt fast jede dritte Frau zwischen dem 25. und 29. Lebensjahr das Einkommen ihres Gatten als hauptsächliche Einkommensquelle an, aber 0 Prozent der Männer tut dies. Ostdeutsche junge Männer bestreiten ihren Lebensunterhalt häufiger aus selbsterarbeitetem Einkommen als ostdeutsche Frauen, die entsprechend häufiger von staatlichen Subventionen abhängen.

Daneben verschlechterte sich die Situation der Freizeitangebote durch den ersatzlosen Abbau der alten Jugendfreizeitstrukturen dramatisch. Initiativen wurden oft in dem undurchschaubaren Konglomerat aus alter und neuer Bürokratie im Keim erstickt. Der Aufbau neuer Jugendhilfestrukturen wurden seitens der Bundesregierung viel zu spät und zu kurzatmig in Angriff genommen. Nach gerade achtmonatiger Laufzeit droht das Programm zum Aufbau freier Träger im Osten schon den finanziellen Kürzungen im Haushalt zum Opfer zu fallen.

Die Folgen sind der Shell-Studie zu entnehmen: die Jugendlichen ziehen sich aus der Demokratie, die auf die aktive politische Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen ist, in ihr Privatleben zurück und beschränken sich darauf, Politik zu kommentieren und sich allenfalls interventionistisch um ihre unmittelbaren Belange zu kümmern. Etwa ein Drittel der Jugendlichen in Ost und West können sich mit keiner der vorhandenen politischen Parteien identifizieren, davon geben 58 Prozent an, auch kein Interesse an Politik zu haben. Dafür besinnen sich die Jugendlichen verstärkt auf Heimat und Familie, Gebiete, die Sicherheit und Geborgenheit, aber auch Abgrenzung gegen außen versprechen. Parallel dazu werden demokratische "Errungenschaften" der Wende nicht sehr hoch bewertet. Es ist also eher die Einstellung: Jeder ist seines Glückes Schmied, die sich bei den Jugendlichen zeigt, als das politische Engagement. Solch eine Grundeinstellung wird die Demokratie nur stabilisieren, wenn sich auch für jeden das persönlich erhoffte Glück einstellt.

Doch die Studie präsentiert durch die Dokumentation der Politikverdrossenheit, des Rückzugs der Jugend in den unpolitischen, familialen Raum mit einer wachsenden Unzufriedenheit über die gegebenen Verhältnisse eher eine andere Rechnung.

Denn diese Entwicklung ist gefährlich: sie führt zu einer undifferenzierten Suche der Jugendlichen (und auch der Erwachsenen) nach möglichst einfachen, raschen Lösungen für die unmittelbaren Probleme des täglichen Lebens, was schnell zu Enttäuschungen führen kann. Und auch wenn in der Shell-Studie nur ein geringer Teil von etwa zwei Prozent als gewaltbereit einzustufen ist, so muß doch beunruhigen, daß in der kürzlich veröffentlichten, im Sommer 1992 durchgeführten IBM-Studie nahezu 30 Prozent der Jugendlichen als ausländerfeindlich und zumindest potentiell gewaltbereit einzustufen sind.

Die Bundesregierung hat diesem Zustand nichts entgegenzusetzen. Neben einer anderen Weichenstellung in der Arbeitsmarkt-, Ausbildungs- und Jugendpolitik wäre dies die Stunde der politischen Bildung. Doch im letzten Bericht zur politischen Bildung konstatierte die Bundesregierung: "Politische Bildung kann in den neuen Bundesländern auf absehbare Zeit weder in den Schulen noch in der beruflichen oder in der außerschulischen Bildung hinreichend

geleistet werden." Dementsprechend baut sie die finanziellen Mittel für politische Bildung eher ab als auf.

Aber die Shell-Studie und die IBM-Studie geben keinen Anlaß zur satten Selbstzufriedenheit der Politik, im Gegenteil: Sie beinhalten die Aufforderung, die Jugend, in der die Zukunft unserer Gesellschaft liegt, politisch ernster zu nehmen als bisher.

(-/5. November 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Vertrag über die Europäische Union**

#### **Titel V, Artikel J.1-J.11: Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

Stellungnahme der SPD-Fraktion zu den Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Vertrag von Maastricht. Wir dokumentieren den Wortlaut.

#### **I. Allgemeine Bewertung**

Die SPD-Fraktion begrüßt, daß mit Inkrafttreten des Vertrages zur Europäischen Union die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) fortentwickelt und in einen einheitlichen Rahmen gestellt wird, der alle Teile der Europäischen Union umfaßt. Die GASP erstreckt sich grundsätzlich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre in Art. J.1 dargelegten Ziele sind:

- die Wahrung der gemeinsamen Werte und Interessen;
- die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen Formen;
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der VN und den KSZE-Normen;
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;
- die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die Union soll diese Ziele verfolgen durch folgende Instrumente:

- regelmäßige Zusammenarbeit gem. Art. J.2 (die entsprechenden Bestimmungen reflektieren den bisherigen "acquis" in der EPZ) und
- gemeinsame Aktionen gem. Art. J.3 (diese Bestimmungen stellen den eigentlichen Fortschritt in Richtung auf eine verbindliche "Vergemeinschaftung" dar).

Unbeschadet ihrer Zustimmung zum Vertragswerk bedauert die SPD-Fraktion vor allem, daß die GASP in der vorliegenden Form

- nur einen ersten Einstieg in eine gemeinsame Außenpolitik darstellt (zu wenig Fortschritt) und
- durch das Europäische Parlament nur unzureichend kontrolliert und beeinflusst werden kann (zu wenig Demokratie).

## **II. Stellungnahme zu einzelnen Elementen der GASP**

**Art. J.3 (gemeinsame Aktionen):** das mehrstufige Verfahren (der Europäische Rat legt Themenbereiche fest, der Rat entscheidet in diesem Rahmen über konkrete "gemeinsame Aktionen", bei der Durchführung kann es zu Mehrheitsentscheidungen kommen) ist relativ schwerfällig und bietet Raum für Interpretationskonflikte. Die SPD-Fraktion begrüßt, daß der Europäische Rat in Maastricht und in Lissabon bereits Materien identifiziert hat, die für gemeinsame Aktionen geeignet sind (KSZE-Prozeß, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik in Europa einschließlich vertrauensbildender Maßnahmen, nukleare Nichtverbreitung und bestimmte wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit wie Transfer von Rüstungstechnologie und Waffenexportkontrolle sowie Mittel/Osteuropa und Maghreb/Naher Osten). In Fällen, in denen weitere Themenbereiche in eine gemeinsame Aktion überführt werden sollen, bedarf es vor einer Entscheidung im Rat einer Entscheidung des Deutschen Bundestages.

**Art. J. 4 (Fragen, die die Sicherheit der Europäischen Union betreffen):** die SPD-Fraktion betont, daß alle Fragen, die die Verteidigungspolitik berühren, auf der Ebene der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit belassen wurden. Für diesen Bereich gelten wie bisher uneingeschränkt die Bestimmungen des Grundgesetzes und die demokratische Kontrolle durch den Deutschen Bundestag. Erst im Rahmen der Überprüfung der Bestimmungen des Vertrages über die Europäische Union, die für 1996 vorgesehen ist, ist auch eine Überprüfung dieser Bestimmungen vorgesehen.

In diesem Zusammenhang begrüßt die SPD-Fraktion die ausdrücklichen

### **Klarstellungen des Bundesaußenministers**

- daß die beiden Erklärungen der WEU-Mitgliedstaaten als solche nicht Gegenstand der parlamentarischen Zustimmung sind und
- daß der Vertrag über die Europäische Union Fragen, die verteidigungspolitische Bezüge haben, von dem Verfahren der "gemeinsamen Aktion" ausschließt.

Anlaß für diese Klarstellungen waren Formulierungen in der Denkschrift zum Vertrag (Erläuterung zu Artikel J.4), die zumindest missverständlich waren und die sich die SPD-Fraktion deshalb nicht zu eigen machen kann (WEU-Erklärung sei eine "zum Gesamtvertragswerk gehörige Erklärung"; Ausschluß gemeinsamer Aktionen für den Bereich der "gemeinsamen Verteidigungspolitik" anstatt für "die Fragen, die verteidigungspolitische Bezüge haben").

Wir bekennen uns zur europäisch-amerikanischen Bindung im Nordatlantischen Bündnis. Wir unterstreichen deshalb, daß die Politik der Union vereinbar sein muß "mit der in jenem Rahmen festgelegten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (Art. J.4 Absatz 4). Die Allianz muß das wesentliche Forum für Konsultationen unter ihren Mitgliedern und für die Verein-

barung von politischen Maßnahmen, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsverpflichtungen der Verbündeten des Nordatlantikvertrags auswirken, bleiben.

**Art. J.5:** hinsichtlich der Außenvertretung der Europäischen Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen betont die SPD-Fraktion die Pflicht derjenigen Mitgliedstaaten, die diesem Gremium angehören, sich dort für die Standpunkte und Interessen der Europäischen Union einzusetzen. Ziel muß eine gemeinsame Politik der Europäischen Union und ihre gemeinsame Vertretung im Sicherheitsrat sein.

**Art. J.7:** das EP kann die GASP nur unzureichend kontrollieren und beeinflussen (s.o.). Dies macht es umso wichtiger, daß der Deutsche Bundestag seine bestehenden Rechte in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der GASP in vollem Umfang wahrnimmt.

### III. Ausblick

Im Vertrag ist vorgesehen, daß die GASP bei der nächsten Regierungskonferenz unter dem Gesichtspunkt überprüft werden soll, ob Fragen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und möglicherweise einer gemeinsamen Verteidigung in den institutionellen Rahmen der Gemeinschaft einbezogen werden sollen.

Bei dieser Überprüfung ist ein zentrales Kriterium, ob die Rechte des Europäischen Parlaments bzw. des Deutschen Bundestages dann mindestens den bisherigen Rechten des Deutschen Bundestages entsprechen. Dabei geht es insbesondere um Rechte wie Feststellung des Verteidigungsfalls (Art. 115 a GG), um Rechte der Ausschüsse für Auswärtiges und Verteidigung (auf der Grundlage von Art. 45 a GG), um Rechte des Haushaltsausschusses und um das Institut des Wehrbeauftragten (Art. 45 b GG). Ohne eine derartige Stärkung der parlamentarischen Rechte ist eine Übertragung entsprechender Zuständigkeiten in den institutionellen Rahmen der Gemeinschaft nicht akzeptabel. Eine Übertragung von Zuständigkeiten mit verteidigungspolitischen Bezügen an die Europäische Union ist eine Veränderung der vertraglichen Grundlage, die einer Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat bedarf.

Es muß sichergestellt werden, daß für diejenigen Staaten Mittel- und Osteuropas, mit denen Assoziierungsabkommen bestehen, geeignete Mitwirkungsmöglichkeiten im Bereich der GASP gefunden werden.

(-/5. November 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*